



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

---

*Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten*

---

**2009/2230(INI)**

8.4.2010

# **STELLUNGNAHME**

des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten

für den Ausschuss für regionale Entwicklung

zur Strategie der Europäischen Union für den Ostseeraum und der Rolle der  
Makroregionen in der künftigen Kohäsionspolitik  
(2009/2230(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Adam Bielan

PA\_NonLeg

## VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten ersucht den federführenden Ausschuss für regionale Entwicklung, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. ist überzeugt, dass die Strategie der Europäischen Union für den Ostseeraum und die von der Kommission diesbezüglich vorgeschlagenen Aktionspläne im Rahmen einer konstruktiven und ausgewogenen Zusammenarbeit mit externen Partnern in der Region, einschließlich Russlands, Norwegens, Weißrusslands sowie zwischenstaatlicher und nichtstaatlicher Organisationen, erfolgreicher sein werden;
2. bekräftigt die Schlussfolgerungen des Rates vom 28. September 2009<sup>1</sup>, in denen die Strategie der EU für den Ostseeraum angenommen und festgestellt wurde, dass diese Strategie eine interne EU-Strategie ist und die externen Aspekte der Zusammenarbeit im Rahmen der Nördlichen Dimension behandelt werden, wie auch das Europäische Parlament in seiner ursprünglichen Entschließung vom November 2006 festgestellt hat; betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung einer engen sektoralen Zusammenarbeit mit Norwegen, Weißrussland und insbesondere Russland als dem einzigen Nicht-EU-Land mit direktem Zugang zur Ostsee, insbesondere auf dem Gebiet der Infrastruktur, der Seeverkehrssicherheit, der Wasserbewirtschaftung und –qualität sowie der Eutrophierung; betont jedoch, dass dies nicht zur Schaffung zusätzlicher bürokratischer Strukturen führen sollte; weist besonders auf den Enklavenstatus der Oblast Kaliningrad als einer Region hin, die von EU-Mitgliedstaaten umgeben ist; betont die Notwendigkeit, die soziale und wirtschaftliche Entwicklung dieser Region als eines ‚Eingangstors‘ oder einer ‚Pilot‘-Region für engere Beziehungen zwischen der EU und Russland unter Einbeziehung von NRO, Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie lokalen und regionalen Behörden zu fördern,
3. vertritt die Ansicht, dass die Zusammenarbeit im Ostseeraum ein wichtiger Bestandteil des neuen Partnerschafts- und Kooperationsabkommens mit Russland sein sollte; begrüßt die Bemühungen der Kommission und der Mitgliedstaaten in der Region, in verschiedenen Bereichen wie Verkehrsverbindungen, Tourismus, grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren, Umweltschutz und Anpassung an den Klimawandel, Umwelt, Zoll und Grenzkontrollen und besonders Energiefragen mit Russland zusammenzuarbeiten; vertritt die Ansicht, dass die „gemeinsamen Räume“ in den Beziehungen zwischen der EU und Russland dafür einen konstruktiven Rahmen bieten werden, und fordert Russland auf, sich im Rahmen dieser Zusammenarbeit gleichermaßen zu engagieren; betont, dass Fortschritte Russlands auf dem Gebiet der Rechtsstaatlichkeit entscheidend zur Vertiefung der Zusammenarbeit mit der EU beitragen würden;
4. unterstreicht die Bedeutung der Region für die Energiesicherheit Europas und fordert die Entwicklung von Projekten der EU mit dem Ziel, die Energieverbindungen zwischen den Mitgliedstaaten in dem Gebiet zu verbessern;
5. betont die Notwendigkeit, die Abhängigkeit der Region von russischer Energie zu verringern; begrüßt die Erklärung der Europäischen Kommission zur Notwendigkeit von

---

<sup>1</sup> Dok. 13744/09.

mehr Verbindungsleitungen zwischen den Mitgliedstaaten in der Region und einer größeren Diversifizierung der Energieversorgung; fordert in diesem Zusammenhang eine stärkere Förderung der Einrichtung von LNG-Häfen;

6. fordert, dass bei der Durchführung des Nord-Stream-Projekts dem Umweltschutz besondere Beachtung geschenkt wird; fordert die Kommission auf, dem Europäischen Parlament in Einklang mit dessen Entschließung vom 8. Juli 2008<sup>1</sup> Bericht darüber zu erstatten, ob die nationalen Umweltverträglichkeitsprüfungen für die geplante Gasleitung in der Ostsee uneingeschränkt in Einklang mit dem internationalen Umweltrecht stehen;
7. ist zutiefst besorgt über die jüngsten gemeinsamen Militärmanöver Weißrusslands und Russlands, die angeblich unter anderem auf den Schutz der Nord-Stream-Pipeline gerichtet waren; bekundet seinen entschiedenen Widerstand dagegen, das Nord-Stream-Projekt als Vorwand für eine verstärkte Militärpräsenz Russlands in der Ostsee zu benutzen;
8. begrüßt, dass im EU-Haushalt 2010 Mittel in Höhe von 20 Millionen EUR für die Ostsee-Strategie bereitgestellt sind; betont, dass diese Mittel zusätzlich zu anderen Mitteln wie den Strukturfondsmitteln gewährt werden und dass sie als Teil des Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments nur für externe Maßnahmen verwendet werden können, konkret also für die Zusammenarbeit mit Russland und Weißrussland; fordert, dass die künftigen Mittel für die Ostsee-Strategie in Kapitel 1 des EU-Haushalts eingestellt werden, damit sie auch den Koordinatoren und den federführenden Partnern der Ostsee-Strategie zur Verfügung stehen, insbesondere im Zusammenhang mit dem Erreichen von Nachhaltigkeitszielen; fordert, dass die Möglichkeit nicht ausgeschlossen wird, zusätzliche Finanzmittel zu beschaffen, insbesondere über die Europäische Investitionsbank und die Nordische Investitionsbank;
9. nimmt die tiefgreifenden Auswirkungen zur Kenntnis, die die globale Finanz- und Wirtschaftskrise auf alle Länder der Region, vor allem auf die Ostseestaaten, hatte; fordert alle Beteiligten auf, in ihrem Engagement zugunsten der EU-Ostsee-Strategie nicht wegen der Krise nachzulassen;
10. bedauert jedoch, dass die für die Ostsee-Strategie bereitgestellten Mittel von der Kommission noch nicht ausgezahlt wurden; weist die Kommission deshalb darauf hin, dass unbedingt sichergestellt werden muss, dass die Mittel entsprechend den Forderungen des Europäischen Parlaments ausgezahlt und verwendet werden;
11. verweist nachdrücklich auf den sensiblen Charakter der Region, der durch ihre strategische Lage bedingt ist; betont, dass verbesserte Beziehungen zu den externen Partnern im Ostseeraum der Union als Ganzes zugute kommen werden;
12. ist der Überzeugung, dass der Erfolg einer EU-Politik wie der Ostsee-Strategie an den konkreten Ergebnissen gemessen wird, die für die Bürger sichtbar und greifbar sein müssen, und dass eine stärkere Beteiligung der organisierten Zivilgesellschaft angesichts der ernststen Herausforderungen, denen sich der Ostseeraum im Bereich der Umwelt, der Infrastruktur und auf anderen Gebieten gegenüber sieht, von maßgeblicher Bedeutung ist;

---

<sup>1</sup> ABl. C 294 E vom 3.12.2009, S. 3.

13. bekräftigt in dieser Hinsicht, dass Russland, um die Effektivität der grenzübergreifenden Projekte zu erhöhen, die international bewährten Praktiken im Bereich der Transparenz und der öffentlichen Rechenschaftspflicht rasch in die innerstaatliche Gesetzgebung übernehmen und die Espoo-Konvention über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen ratifizieren sollte;

## ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

<b>Datum der Annahme</b>	8.4.2010
<b>Ergebnis der Schlussabstimmung</b>	+: 42 -: 0 0: 10
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder</b>	Gabriele Albertini, Elmar Brok, Mário David, Marietta Giannakou, Anna Ibrisagic, Jelko Kacin, Ioannis Kasoulides, Tunne Kelam, Nicole Kiil-Nielsen, Maria Eleni Koppa, Andrey Kovatchev, Eduard Kukan, Alexander Graf Lambsdorff, Krzysztof Lisek, Ulrike Lunacek, Mario Mauro, Kyriakos Mavronikolas, Francisco José Millán Mon, Alexander Mirsky, Andreas Mölzer, Raimon Obiols, Ria Oomen-Ruijten, Pier Antonio Panzeri, Ioan Mircea Pașcu, Bernd Posselt, Cristian Dan Preda, Jacek Saryusz-Wolski, Werner Schulz, Adrian Severin, Marek Siwiec, Ernst Strasser, Hannes Swoboda, Charles Tannock, Inese Vaidere, Kristian Vigenin
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)</b>	Laima Liucija Andrikiienė, Elena Băsescu, Adam Bielan, Diogo Feio, Elisabeth Jeggle, Metin Kazak, Evgeni Kirilov, Norbert Neuser, Tomasz Piotr Poręba, Vittorio Prodi, Marietje Schaake, György Schöpflin, Traian Ungureanu
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 187 Abs. 2)</b>	Marije Cornelissen, Franziska Keller, Marek Henryk Migalski, Michail Tremopoulos